

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berlin 5481;
Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin, Verl.: Verein Zeitungsverlage GmbH,
Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Postleitz.: Berlin NW 27 978.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung, Expedition G. m. b. H., D-16
Kurfürstendamm 1825/26, Schloßstraße 16 Uhr.

Bezugspreis vorabzahlt: pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M. einschl.
Frägerlohn in Berlin u. Orten m. eig. Zustell. Postbezug an einschl. Posten-
geb. 2,60 M.; Streichband im Inland 4,20 M.; n. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12seitige Millimeterzeitung
millimeterseite 2,50 M. Arbeitsergebnis u. Namens-
kleine Anz.: Zeitwort 20 Pf., Überschriften 30 Pf. u. a.

Ist es wahr . . . ?
12 Fragen an die Nazis
in der neuen Roten Post
Erscheint jeden Freitag 15 Pf.

Bez. Zeit-
dauerzeit 20 Pf.
nach: Post 5 Pf.

Blutheze statt Brot

Faschisten fordern KPD-Verbot und Niederschlagung der Antifaschistischen Aktion
Sozialdemokratische Arbeiter, die Stunde der Einheit hat auch für euch geschlagen!

Ob die Journaliste des Herrn Goebbels, die Neptile Hugenbergs oder sonst irgendwelche Asphaltblätter — ihre Knallzeilen sind ein einziger Schrei, eine einzige Blutheze gegen die kommunistische Partei. „Der mit dem Verbot der KPD“ brüllen sie. „Beschärkte Massnahmen der Polizei gegen die KPD-Auführer!“ „Alle Kommunisten erschießen!“

Alles, was sich von der braunen System-Armee nicht niederknallen lässt will, alles, was hungrig und darbt, was gegen Ermittlerungen kämpft, gegen die Hunger-Motivierungen der v. Papen- und Preußengesetzgebung — die hungernden, kämpfenden Massen und ihre revolutionäre Führung sollen unter Ausnahmezustand gestellt, sollen blutig terrorisiert werden! Das ist der Schrei der faschistischen Volkseinde, gleich welcher Farbe.

Eine unerhörte Blutheze gegen die kommunistische Partei hat in den letzten 48 Stunden planmäßig eingesetzt. Die sozialdemokratische Presse sekundiert diesem Trommelfeuer, indem sie unseres Ruf zur kämpfenden Einheit an die sozialdemokratischen Arbeiter als „Ablenkungsmanöver“ und als „Gauerei“ abtut.

Warum dieser ganze Chorus? Weil die kommunistische Partei, allem Terror zum Trotz, sich führend und kämpfend an die Spitze der hungernden Massen stellt. Weil sie in der Antifaschistischen Aktion zur Einheit der hungernden Millionen gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen Beschäftigtensteuer, Arbeitsdienstpflicht und Vergütung aufruft! Weil die Armee der kämpfenden von Tag zu Tag Tausende und Tausende neuer Soldaten in ihren Reihen formiert, weil

der Kampfgeist der Antifaschistischen Aktion immer lauter in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Arbeitervierteln erdröhnt. Das Verbot, die Unterdrückung, die Verfolgung der kämpfenden Arbeiter und ihrer Avantgarde, der Kommunistischen Partei, soll den Widerstand der hungernden Massen brechen. Die Blutheze soll verblassen, daß es die faschistischen Provokateure sind, die bewußt blutige Zusammenstöße herbeiführen, um der Staatsgewalt die Gelegenheit zum Eingreifen gegen die Arbeiter und ihre revolutionäre Partei zu geben. Ohne einen Augenblick in der Entfaltung des breitesten roten Massenbewußtseins gegen Faschismus zu erschaffen, mag den Goebbels und Konsorten gesagt sein, daß das revolutionäre Proletariat sich seinen Kampf gegen Hunger und Unterdrückung von keinen Provo-
kateuren vor sich habe. Jetzt erst recht wird es unter Führung der kommunistischen Partei dort vorstehen, wo die Bourgeoisie am empfindsamsten ist, in den Betrieben und auf den Stempelstellen im Kampf gegen den notverordneten Lohnabbau, gegen Beschäftigtensteuer und Lohnabbau.

Hunger, Terror, Vergeltung nach innen und außen: das ist das einzige, was die bankrote Bourgeoisie und ihre faschistischen Trophäen den arbeitenden Massen noch bringen können. Sozialdemokratische und christliche Arbeiter! Gewerkschaftskollegen und Reichsbannerarbeiter! Macht Schluss mit der Sabotage der kämpfenden Einheit durch eure Führer! Eingeschworen in die Armee der Antifaschistischen Aktion! Die Stunde der Einheit hat auch für euch geschlagen!

Die Regierung zur Aufrichtung der faschistischen Diktatur

Von Ernst Thälmann

Die am 1. Juni 1932 gestürzte Brünningregierung wurde von unseren Parteibeschlüssen gekennzeichnet als die Regierung zur Durchführung der faschistischen Diktatur. Zwei Jahre Brünningpolitik haben die Richtigkeit dieser Charakterisierung der gestürzten Brünningregierung erwiesen. Die Politik der Bourgeoisie vom Mai 1930 bis zur Einsetzung der Papenregierung am 1. Juni 1932 hatte zum Inhalt, die Voraussetzungen für den Übergang der Bourgeoisie zur Errichtung der offenen faschistischen Diktatur zu schaffen, wie sie jetzt mit der Einsetzung der Papenregierung eingeleitet wurde. Die Voraussetzungen zur Errichtung der faschistischen Diktatur wurden geschaffen unter dauernder Tolerierung der Brünningpolitik durch die Sozialdemokratie und unter Hauptverantwortung der SPD. in den entscheidenden deutschen Ländern.

Dabei bestätigt die jetzige Periode der Papenregierung die Einschätzung der Entwicklung, wie sie vom 11. Plenum des KAK gegeben wurde: die bürgerliche „Demokratie“ entwickelt sich folgerichtig zum Faschismus; beides sind Erscheinungsformen der Diktatur des Finanzkapitals. Der Ruf der SPD-Führer nach der „Zweiten Republik“, der Ruf nach Restauration des „Weimarer Systems“ ist nichts als ein erbärmlicher Wahlbetrug. Brünning wurde gestürzt, weil der Bourgeoisie das Tempo der Faschisierung nicht mehr ausreichte zur Sicherung der kapitalistischen Diktatur. Vor allem sind es folgende Hauptmomente, die bei der Belebung des faschistischen Tempes von Bedeutung sind:

Auf Grund der Verschärfung der Wirtschaftskrise muß die Bourgeoisie zu einem neuen, nie dagewesenen Angriff auf die Lebenshaltung des Proletariats und aller werktätigen Schichten übergehen. Die von Brünning vorbereitete Politik der Liquidierung der Sozialversicherung, die Herabstufung der Erwerbslosenunterstützung auf ein unbeschreibliches Minimum, die „Ausförderung“ des Tarifsystems, das alles sind offene faschistische Maßnahmen, zu deren beispieliger Durchführung die Brünningregierung nicht ausreichte.

Die Bourgeoisie verlangt verschärfte faschistische Terrormaßnahmen gegen das Proletariat und insbesondere verschärfte beispielige Maßnahmen gegen die proletarischen Klassenorganisationen, gegen die antifaschistischen Organisationen, gegen den Kommunistischen Jugendverband und vor allem gegen die Kommunistische Partei Deutschlands.

Die Eingliederung der faschistischen Massenorganisationen der NSDAP in die kapitalistische Staatsorganisation ist eine Aufgabe, die die Bourgeoisie nur lösen kann mit Hilfe einer ausgesprochen faschistischen Regierung.

Die Brünning-Regierung erlag ferner dem Ansturm der östlichen Großagrarien, die — gestützt auf die faschistischen Massenorganisationen und ihren Terror — immer frechere Ansprüche auf die öffentlichen Steuergelder erhoben und die mit Hilfe der Papen-Regierung schneller zur Wiederherstellung ihrer Rechte und Privilegien kommen wollen.

Während die Regierungsmethoden der Bourgeoisie unter der Brünning-Regierung darauf angelegt waren, alle Angriffe auf die Lebenshaltung des Proletariats und der gesamten werktätigen Bevölkerung im mittelfristigen Einvernehmen mit den reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführern, die zum Teil direkt in der Regierung vertreten waren, durchzuführen, hält die Bourgeoisie die Zeit jetzt für gekommen, um in offenbare Kämpfstellung gegen die Gewerkschaften überhaupt und gegen die Sozialversicherung überzugehen. Die Kennzeichnung des gegenwärtigen Unterdrückungsstandes mit seinen hämmerlichen Sägen für Arbeitslose, Wohlfahrtsempfänger usw. als „Wohlfahrtsstaat“ wie es in der Regierungserklärung des Papen-Kabinets steht, zeigt den faschistischen Charakter der Papen-Regierung auch in der unverhüllten Übernahme der Nazisprache in die offizielle Regierungssprache der Hindenburg-Republik.

Die Zusammensetzung des faschistischen Papen-Kabinetts vorwiegend aus Junkern, Baronen, Freiherren usw. ist keine zufällige. In der Berufung von Ministern durch Hindenburg, die militärisch und politisch ans engste mit den 1918 durch den revo-

Der Weg zur Rettung

Ein Ablenkungsmanöver der ADGB-Bürokratie: „Volksgenosse“ Papen soll den „Sozialismus einführen“ — Der Weg der roten Einheitsfront: Revolutionärer Massenkampf gegen Faschismus

„Rettungsprogramm der Gewerkschaften“, so heißt der geistige „Vorwärts“ in großer Aufmachung das „Wirtschaftsprogramm des ADGB und des Afa-Bundes“. Dieses Programm sei — versichert der „Vorwärts“ in seiner „Abend-Ausgabe“ — ein „Dokument von geistlicher Bedeutung“. 1 bis 5 Millionen Arbeiter und Angestellte sind in den Gewerkschaftsorganisationen des ADGB und Afa-Bundes organisiert. Sie und ihre Familien leben von den immer leerer werdenden Lohnhäuten, von einer Erwerbslosenunterstützung, die sie vor dem Verhungern nicht schützen kann. Was bringt ihnen und der gesamten deutschen Arbeiterklasse das „Rettungsprogramm der Gewerkschaften“?

Im „Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems“ sollen Massnahmen planwirtschaftlichen Charakters durchgeführt werden. Die Schlüsselindustrien — Bergbau, Eisenindustrie, Großchemie, Zementindustrie, die Energies- und Werkehrs-wirtschaft — sollen „verstaatlicht“ werden. Ein halbes Dutzend Kenter — Zentrales Bantamt, Staatliches Kartell- und Monopolamt, staatliche Handelsmonopole, Außenhandelsmonopole, zentrale Planstelle — sollen den „Einfluß des demokratischen Staates“ auf die Wirtschaft sichern. Eine Konjunkturpolitik soll vom Staat getrieben werden, die auf die Verhütung der Krisen gerichtet ist; das sei dadurch zu erzielen, daß „die Massen-kaufkraft systematisch gestärkt und die Kapitalbildung reguliert“ werden.

Es ergibt sich von selbst die Frage: Wer soll diese planwirtschaftlichen Massnahmen durchführen? „Der demokratische Staat“, antwortet das Programm. „Das Dokument ist an alle Volksgenossen ohne Unterschied der Partei gerichtet“, schreibt der geistige „Abend-Vorwärts“. „Volksgenosse v. Papen oder andere „Volksgenossen“ in den Regierungen des kapitalistischen Deutschlands sollen diese Massnahmen durchführen!“

Bedenken wir nur: Es ist wahr, daß eine systematische Stärkung der Massenkaufkraft eine Krise in der kapitalistischen Wirtschaft mildern kann. „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut . . . der Massen“ (Marx). Aber was bedeutet das, doch nur einen dauernden Verzicht der Kapitalisten auf einen Teil ihres realen Einkommens zugunsten der

Arbeiter. Die Papenregierung oder eine andere kapitalistische Regierung soll eine dauernde teilweise Expropriierung der Kapitalisten durchführen. Da lachen die Hühner!

Wir sind vielmehr mit dem alten Friedrich Engels der Auffassung: „Der Staat ist nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie.“

Die Schlüsselindustrien sollen verstaatlicht werden. In einem Antrag der SPD-Reichstagsfraktion zur Verstaatlichung des Bergbaus wird ausdrücklich gelagert: „Mit angemessener Entschädigung“! Das Programm verschweigt die Entschädigung schamhaft, das versieht sich aber von selbst. Es handelt sich also um ein jettetes Geschäft, der an dem Kauf der Gelsenkirchner Aktien bei Friedrich Flick erinnert.

Die gewaltigen Erfolge der Planwirtschaft der Sowjetunion zeigen den Arbeitern in der ganzen Welt den Weg, den sie gehen müssen. Die SPD- und Gewerkschaftsführer versuchen diese Erkenntnisse der Massen umzufälschen.

Zawohl! Aber dazu ist eine Voraussetzung notwendig, und diese Voraussetzung heißt — Diktatur des Proletariats!

Um zu wahrer Planwirtschaft zu gelangen, muß die Arbeiterschaft für den sozialistischen Ausweg aus der Krise kämpfen. Dazu gehört zu allererst der revolutionäre Massenkampf um die Tagessinteressen der Arbeiterklasse, gegen den Lohnabbau, gegen den Unterstützungsabbau, gegen den Kauf der letzten Arbeiterränge, gegen den Faschismus. Das ist der Weg zur Rettung.

Das ganze „Rettungsprogramm“ der Gewerkschaftsführer hat nur einen Zweck: die zum Kampf drängenden Massen zu vermieten und zurückzuhalten. Das „Rettungsprogramm“ will nicht die deutsche Arbeiterklasse, sondern den deutschen Kapitalismus auf Kollaps der Arbeiterklasse vor dem Ansturm der proletarischen Kavallerie retten, die sich zum Kampf um Brot und Macht sammeln. Die Gewerkschaftsführer zeigen den Weg zur Rettung für den Kapitalismus — der Kommunismus zeigt den Weg zur Rettung für das weltförmige Volk.

Die Zusammensetzung des faschistischen Papen-Kabinetts vorwiegend aus Junkern, Baronen, Freiherren usw. ist keine zufällige. In der Berufung von Ministern durch Hindenburg, die militärisch und politisch ans engste mit den 1918 durch den revo-